

# LIEBE KOLLEGINNEN UND KOLLEGEN

Die Zukunft der Stahlindustrie ist unsere größte Sorge. Nachdem die beabsichtigte Fusion der Stahlwerke vom Tisch zu sein scheint, erwärmen sich viele Kollegen und Kolleginnen für das kleinere Übel: den Kooperationsvertrag zwischen Hoesch und der Salzgitter AG.

Doch wir meinen: Damit ist nichts gerettet !

Auch bei diesem Konzept wird es weiterhin Entlassungen geben, da Marktanpassungen durch Rationalisierung und Einstellung unrentabler Produktionszweige vorgenommen werden.

Interessierte Kreise in Wirtschaft und Politik wie auch die sog. Stahlmoderatoren versuchen mit ihrem Konzept, die hohe Arbeitslosigkeit in Salzgitter von derzeit 14 Prozent für ihre Zwecke auszunutzen. Auf diese Weise wird der Boden für die Ansiedlung einer lebensbedrohenden Chemie- und Atomindustrie vorbereitet - einer Industrie, die keiner von uns haben will.

Unsere Region krankt an der Abhängigkeit von wenigen großen Industrien (Hütte, VW, Blaupunkt) - eine grundsätzliche Umstrukturierung wäre wünschenswert: Schaffung von Arbeitsplätzen durch sinnvolle ökologische und soziale Investitionen unter Mitbestimmung der betroffenen Belegschaften. Ersatzarbeitsplätze in unsinnigen oder gar lebensbedrohenden Projekten (Wiederaufbereitungsanlage, Atomkraftwerke oder Atommüllendlager) lehnen wir ab.

Wir alle wissen, daß die Stadt Salzgitter den Standort Watenstedt für derartige Betriebe anbietet - zur Zeit noch ohne Erfolg. So gab es bereits Sondierungsgespräche zwischen der Stadt Salzgitter (Wirtschaftsdezernent Fruhner), der CDU (Ernst von Essen) und der "Deutschen Gesellschaft zur Wiederaufarbeitung von Kernbrennstoffen" (DWK). Im Verlaufe einer Landtagssitzung vom 26. April sprachen sich CDU, SPD und EPD für die Errichtung einer Wiederaufbereitungsanlage in Niedersachsen aus. Die SPD lehnt dabei lediglich den Standort Dragahn ab, womit die Wahrscheinlichkeit für Salzgitter steigt. Daran schließt sich folgendes Zitat von Ernst Albrecht nahtlos an: "Ich habe mit Interesse zur Kenntnis genommen, daß man auch in Salzgitter eine WAA gerne haben wollte" (Salzgitter-Zeitung vom 23. März 1983).



Die Arbeitslosen werden allerdings wenig Grund zur Freude haben, denn

- die Hoffnung auf neue Arbeitsplätze beim Bau einer WAA in Salzgitter ist trügerisch, da auswärtige Spezialfirmen den Bau ausführen werden;
- eine WAA kann nur mit hochqualifizierten Fachkräften betrieben werden, die allerdings weder in Salzgitter noch anderswo arbeitslos sind;
- die Arbeitsplätze im WAA-Betrieb, die für die Salzgitteraner übrigbleiben werden, sind mit einem unverantwortbar hohen gesundheitlichen Risiko verbunden: Schon ein Millionstel Gramm Plutonium verursacht mit tödlicher Sicherheit Krebs.

Aus diesem Grunde schließen wir uns den Forderungen der Funktionärskonferenz von P & S, VPS und der Maxhütte/Bandverzinkungsanlage an;

1. Überführung der Stahlindustrie in Gemeineigentum ohne Herauslösung der Stahlteile aus den Konzernen.
2. Schaffung von neuen Arbeitsplätzen durch sinnvolle ökologische und soziale Investitionen unter Mitbestimmung der betroffenen Arbeitnehmer.

Darüberhinaus fordern wir:

- Keinen Atom Müll in Schacht Konrad und auch nicht anderswo.
- Schluß mit den Plänen zur Errichtung einer WAA in Salzgitter.

Salzgitter 1, den 1. Mai 1983

Arbeitskreis gegen  
Atomenergie SZ

Umweltschutzforum  
Schacht Konrad  
Salzgitter e.V.

DIE GRÜNEN  
Kreisverband SZ

V.i.S.d.P.: Thomas Lingnau, [REDACTED]